



# Guantánamo, ein Doppelgefängnis

Mit dem Internierungslager für irreguläre Krieger auf Kuba haben sich die USA in der Folge von 9/11 eine schwere Last aufgebürdet. Zwanzig Jahre nach seiner Errichtung sitzen noch immer 39 Häftlinge ein. Ist es obsolet geworden? Gastkommentar von Stephan Bierling

Präsident George W. Bush schien es Anfang 2002 eine gute Idee zu sein: gefangene Al-Kaida-Terroristen ausserhalb des eigenen Staatsgebiets einzusperren, um sie unbeschränkt verhören und so weitere Angriffe auf die USA verhindern zu können. Der Beschluss, auf Guantánamo ein Internierungslager einzurichten, lässt sich nur aus der Stimmungslage nach den Anschlägen vom 11. September erklären. Im Weissen Haus herrschten Entsetzen über den Massenmord, Panik, 9/11 sei Auftakt einer Serie von Attacken, und der Wunsch nach Abschreckung und Vergeltung.

Im Krieg gegen al-Kaida und ihre afghanischen Beschützer, die Taliban, waren den USA Ende 2001 viele feindliche Kämpfer in die Hände gefallen. Es stellte sich die Frage, was mit ihnen geschehen sollte. Da es sich nicht um reguläre Regierungssoldaten handelte, war unklar, ob für sie die völkerrechtlichen Regeln für Kriegsgefangene galten. Anstatt dies zunächst grundsätzlich zu klären, genehmigte Bush im November 2001 mit einer Militärdirektive, ausländische Terrorverdächtige ohne Anklage unbegrenzt zu inhaftieren. Kurz darauf gab das Justizministerium bekannt: Bei Guantánamo handele es sich um eine von Kuba gepachtete Militärbasis und damit nicht um amerikanisches Territorium, deshalb hätten dort Internierte keinen Anspruch auf Habeas Corpus, also eine juristische Haftprüfung.

## Karriere der orangenen Overalls

Am 11. Januar 2002 kamen die ersten zwanzig Häftlinge nach «Gitmo», wie das Lager im Soldatenjargon heisst. Weil die Zellen noch im Bau waren, wurden die Gefangenen anfangs in Drahtkäfigen gehalten, die an Hundezwinger erinnerten. Alle steckten in orangenen Overalls, die bald aber nur mehr wenige aufsässige Häftlinge tragen mussten, wie das auch in einigen Gefängnissen auf dem Festland üblich ist. Der Rest bekam weisse Kleidung. Trotzdem wurde die orange Uniform emblematisch für das Gefängnis.

**Kaum einem der Insassen konnte eine Verbindung zu Terroraktivitäten nachgewiesen werden, viele waren Fusssoldaten, andere zur falschen Zeit am falschen Ort.**

Insam Demonstranten zogen sie an, um medienwirksam gegen die Haftbedingungen zu protestieren. Al-Kaida-Ableger und der Islamische Staat zwangen ausländische Geiseln im Irak, orange Kleidung zu tragen, bevor sie sie vor laufender Kamera ermordeten. Guantánamo diente Terrororganisationen als Propagandainstrument, um alte Anhänger zu radikalisieren und neue zu rekrutieren.

Insgesamt durchliefen 780 Häftlinge das Gefängnis. Das Rote Kreuz, die Vereinten Nationen und ein Mitglied eines von Bush bestellten Beratergremiums

stellten später fest, dass sie alle in der einen oder anderen Form gefoltert wurden. Als Folter galten sexuelle Belästigung und Vergewaltigungsdrohungen, Einschüchtern mit Hunden, ausgedehnte Einzelhaft, Licht- und Geräuschmanipulation, extreme Temperaturen, Schlafentzug, körperliche Misshandlungen wie Schläge oder Stresspositionen, Zwangsrasur und religiöse Misshandlungen wie Verhöhnungen des Gebetsrufs und Missbrauch des Korans.

Das berüchtigte Waterboarding, das simulierte Ertränken, wurde in Guantánamo nicht praktiziert, sondern nur in CIA-Geheimgefängnissen im Ausland, sogenannten «black sites», bei mindestens drei Terrorverdächtigten. Die Behauptung der Regierung, die beschönigend so genannten «verschärften Verhörtechniken» hätten wichtige Erkenntnisse über Struktur und Anschlagpläne von al-Kaida erbracht, hielt in keinem Fall der Überprüfung stand.

## Auch Bush begreift

Vizepräsident Dick Cheney nannte die ersten Insassen «die Schlimmsten aus einer sehr üblen Gruppe» und fügte hinzu: «Sie sind sehr gefährlich. Sie sind darauf aus, Millionen von Amerikanern zu töten.» Doch konnte kaum einem Insassen eine Verbindung zu Terroraktivitäten nachgewiesen werden, viele waren Fusssoldaten, andere zur falschen Zeit am falschen Ort. Die meisten hatten afghanische Warlords an das US-Militär übergeben, das für jeden Verdächtigen bis zu 25 000 Dollar zahlte. Schnell wuchs die Kritik an Guantánamo – in den USA, aber vor allem international. Das Internierungslager symbolisierte bald eine amerikanische Politik, die im Zeichen des Kriegs gegen den Terror Mass und Ziel verloren hatte. Die weltweite Sympathie, die den USA nach 9/11 entgegen geschlagen war, verkehrte sich ins Gegenteil.

Auf Klagen des Zentrums für Verfassungsrechte, einer amerikanischen Menschenrechts-NGO, entschied der Supreme Court 2004 und 2008, dass

US-Gerichte für das Gefängnis zuständig seien und die Inhaftierten das Recht auf eine Habeas-Corpus-Kontrolle hätten. Das Zentrum organisierte zugleich ein Netz von Hunderten von Rechtsanwälten, die den Insassen pro bono juristisch beistanden. Selbst Bush realisierte, in welche schwierige Lage er sich mit Guantánamo manövriert hatte und wie sehr das Militärgefängnis den Ruf der USA beschädigte. Bis zum Ende seiner Amtszeit wurden 532 Insassen in ihre Heimat oder ein Drittland überstellt, wo sie dann oft unter Hausarrest standen oder überwacht wurden.

Im Wahlkampf 2009 erreichte die politische Empörung über das Lager ihren Höhepunkt. Die Spitzenkandidaten beider Parteien, der Demokrat Barack Obama und der Republikaner John McCain, der als Kriegsgefangener in Nordvietnam jahrelang gefoltert worden war, versprachen, Guantánamo unverzüglich zu schliessen.

Gleich am zweiten vollen Tag seiner Präsidentschaft, am 22. Januar 2009, ordnete Obama dies per Direktive an. Er konnte seine Zusage nicht einhalten. Die Schuld dafür gab er dem Kongress. Aber es fehlte dem Präsidenten an Entschlossenheit und einem klaren Plan, stets waren andere Projekte wichtiger. Selbst sein Stabschef meinte, er solle kein politisches Kapital auf das Lager verschwenden. Ohne Führung aus dem Weissen Haus konnte der von den demokratischen Parteifreunden Obamas kontrollierte Kongress im Sommer 2009 gesetzlich verbieten, Insassen aufs Festland zu verlegen. Der Präsident musste deshalb Aufnahmeländer für als ungefährlich eingestufte Gefangene finden. Bei 197 Personen gelang ihm das, am Ende seiner Präsidentschaft 2017 waren noch 41 Personen in Haft.

## Wieder auf in den Kampf

Die innenpolitische Stimmung hatte sich da schon zu drehen begonnen. Seit die Republikaner 2011 in beiden Kammern die Mehrheit besaßen, rückten Sicherheitsbedenken gegen eine Schliessung wieder in den Vordergrund. Guantánamo wurde nun zum Symbol dafür, wie ernst man den Kampf gegen den Terror nahm. Donald Trump kündigte im Wahlkampf an, das Lager offen zu halten und es mit weiteren «üblen Typen» zu füllen. Als Präsident unterzeichnete er einen entsprechenden Erlass. Neue Häftlinge kamen während seiner Amtszeit jedoch nicht dazu. Dass Trumps Nachfolger Joe Biden sich selten zu Guantánamo äussert, zeigt, dass das Thema selbst in der weit nach links gerückten Demokratischen Partei heute keine Priorität mehr geniesst. Dies bietet aber auch eine Chance: Ausserhalb des öffentlichen Scheinwerferlichts könnte es der Regierung leichter fallen, Häftlinge an andere Länder zu übergeben.

Wichtigster Gegner der Schliessung in der Regierung war lange Zeit das Militär. Es argumentierte, freigelassene Terrorverdächtige stellten eine Gefahr für die US-Soldaten und ihre Verbündeten dar. Tatsächlich nahmen laut einem CIA-Bericht von Ende 2020 von 729 unter Bush und Obama überstellten Häftlingen 125 (17 Prozent) ihren Kampf wieder auf, von weiteren 104 (14 Prozent) wurde das vermutet. Ein von unter Bush an Kuwait überstellter Häftling rammte später mit einem mit Sprengstoff vollgepackten LKW eine irakische Armeebasis und tötete dreizehn Soldaten. Und vier von fünf Insassen, die die USA 2014 unter Obama gegen einen eigenen Soldaten austauschten, übernahmen nach dem Sieg der Taliban hohe Regierungsämter in Afghanistan.

Heute sitzen noch 39 Häftlinge in Guantánamo ein: 9 als Gefangene unter dem Kriegsrecht, das so lange gilt, wie der Krieg gegen den Terror dauert; 2 als verurteilte Terroristen, wobei bei einem die Strafe bald ausläuft; 10, die seit vielen Jahren auf ihren Prozess vor umstrittenen und ineffizienten Militärkommissionen warten, unter ihnen Khalid Sheikh Mohammed und 4 weitere, die 9/11 mitgeplant haben sollen; und 18, die auf Überstellung an andere Länder warten. Nicht einmal die Tatsache, dass jeder einzelne Häftling den Steuerzahler 13 Millionen Dollar pro Jahr kostet, vermochte bisher die Dringlichkeit der Schliessung zu erhöhen.

Angesichts der politischen Hürden gibt es nur zwei Lösungen für Guantánamo. Zum einen könnte das Lager bis zum Tod des letzten Insassen fortbestehen. Viele sind heute ältere Männer mit körperlichen Gebrechen, einer ist in seinen Siebzigern. Das Verteidigungsministerium ersuchte den Kongress 2019 bereits um 88,5 Millionen Dollar, um eine neue Gefängniseinheit mit Rollstuhlrampe, Pflegestation und Hospizabteilung zu bauen und zu betreiben. Der zuständige Ausschuss im Repräsentantenhaus lehnte den Antrag mit seiner demokratischen Mehrheit jedoch ab. Zum anderen könnte die Biden-Regierung versuchen, die Zahl der Gefangenen weiter zu reduzieren und die übrigen in ein befreundetes Land zu transferieren, das sie dauerhaft interniert.

Eine saubere Lösung für das Lager wäre beides nicht, aber saubere Lösungen gibt es in dieser verfahrenen Lage nicht mehr. Zwanzig Jahre nach der Eröffnung sind die USA selbst zu Gefangenen von Guantánamo geworden.

Stephan Bierling lehrt Internationale Politik mit dem Schwerpunkt USA an der Universität Regensburg.